

Klinik-Streit mit Achern: Land will moderieren

Staatssekretärin Bärbl Mielich besucht Klinikum Mittelbaden

Baden-Baden (red) – Auf Einladung der Grünen Landtagsabgeordneten Bea Böhlen besuchte Bärbl Mielich, Staatssekretärin im grün-geführten Ministerium für Soziales und Integration, kürzlich das Klinikum Mittelbaden am Standort Balg. Böhlen hatte den Besuch nach den Diskussionen um die Bühler Resolution und die Versorgungssituation der Kliniken in Mittelbaden angekündigt.

Erste Station war ein Treffen mit dem Betriebsrat Baden-Baden/Bühl. Hier standen die Personalnot und die schwierigen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Mittelpunkt. Neben einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung sieht Staatssekretärin Mielich vor allem die Rahmenbedingungen als Schlüssel zu mehr Arbeitszufriedenheit und einer quali-

tativ hohen Versorgung, heißt es in einer Mitteilung der Landtagsabgeordneten. Auch müssten die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden – dazu zählte sie beispielsweise die Schaffung gemeinsamer interprofessioneller Teams, flache Hierarchien und mehr Kompetenzen für Pflegekräfte wie auch die Einführung von Mindestbesetzungen und eine Verbesserung der Personalschlüssel.

Im anschließenden Gespräch mit der Klinikleitung stellte Geschäftsführer Jürgen Jung die derzeitige Situation des Klinikums Mittelbaden dar. Dabei ging er auf die kontroverse Diskussion um den möglichen Klinikneubau in Achern ein und hob die Bedeutung des Standortes Bühl innerhalb des Klinikums hervor. Mielich betonte, dass es im

Interesse einer qualitativen Steigerung der Leistungen in einer Region sinnvoll sei, bestimmte Kompetenzen zu bündeln. Ebenso wichtig sei es aber auch, so Mielich mit Blick auf die Diskussion in der Ortenau, Regionen vernetzt zu betrachten. „Das Land wird alle Anträge auf Investitionszuschüsse genauestens prüfen“, so Mielich weiter. „Es kann nicht sein, dass der Blick in der Ortenau an der Kreisgrenze endet“, fügte Böhlen hinzu. Angesichts der Irritationen um den Standort Achern schlug Mielich gemeinsame Gespräche zwischen den Verantwortlichen unter Moderation des Sozialministeriums vor, heißt es in der Mitteilung weiter.

Beim Rundgang über die Geburtsstation tauschten sich beide Politikerinnen über die Situation der Hebammen aus.